

# Die Auswirkungen des Hochwassers 2021 und der Stand des Wiederaufbaus: Erkenntnisse aus einer Betroffenenbefragung



## 516 Betroffene nahmen im Ahrtal an der Befragung teil

Im Sommer 2022 wurden im Rahmen des BMBF-geförderten KAHR-Projektes 516 Haushalte im Landkreis Ahrweiler zu den Themen persönliche Betroffenheit vom Hochwasser 2021 und Erholung, mentale Gesundheit, soziale Vulnerabilität und Meinungen zum Hochwasserrisikomanagement befragt. Mit Unterstützung des Landkreises Ahrweiler waren zuvor 5.250 zufällig ausgewählte Haushalte, die nach der Flut Soforthilfe beantragt hatten, eingeladen worden, an der Befragung teilzunehmen. Von den Befragten waren knapp die Hälfte Frauen; 1,2 % machten keine Angabe zum Geschlecht. Das Durchschnittsalter der Befragten lag in der Altersgruppe der 50 bis 59-Jährigen. Mit 67,6 % zählte die Mehrzahl der Befragten zur Gruppe der Hauseigentümer:innen (Abbildung 1).

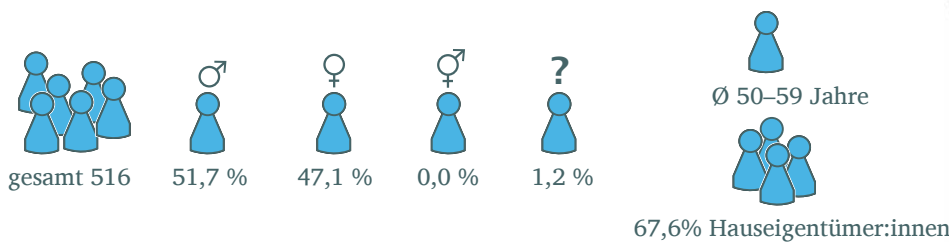


Abbildung 1: Informationen zu den befragten Personen im Landkreis Ahrweiler (Anzahl, Geschlecht, Durchschnittsalter und Anteil der Hauseigentümer:innen).

## Die Folgen belasten Haushalte auch ein Jahr nach der Flut

Die Flut traf viele der befragten Haushalte sehr schwer. Die Hälfte der Haushalte erlitt finanzielle Schäden von mehr als 100.000 Euro. Bei nahezu jedem Haushalt stand das Wasser zumindest im Keller, bei 47,5 % stand das Wasser außen an der Hauswand bis zu 2 Meter hoch oder gar darüber (44,4 %). Etwas mehr als 40 % der Befragten mussten aufgrund der Zerstörungen ihre Häuser verlassen. Von ihnen hatten 15,2 % ein Jahr nach dem Ereignis immer noch nicht die Möglichkeit, in ihr Zuhause zurückzukehren. 90 % der Befragten gaben an, dass das geschädigte Gebäude bzw. der geschädigte Hausrat noch nicht vollständig repariert oder ersetzt werden konnte. Dies lag häufig am Fehlen von Handwerker:innen und/oder Material.

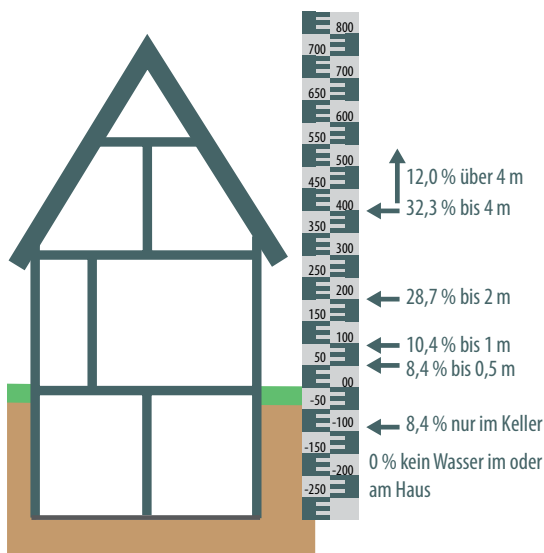


Abbildung 2: Höhe des Wasserstandes bei 498 Befragten.

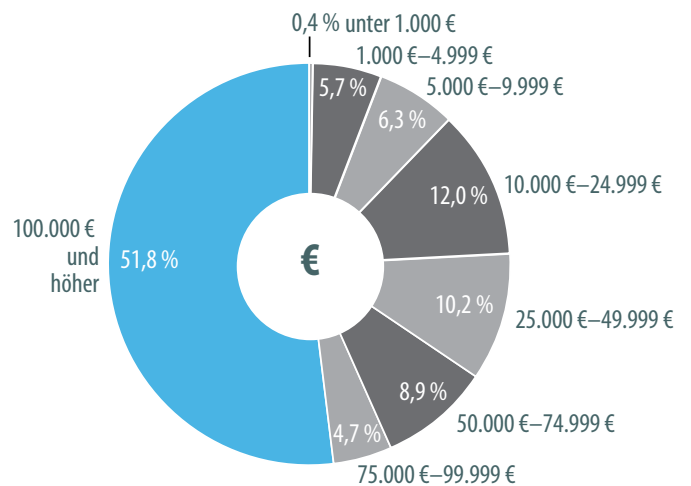


Abbildung 3: Höhe des angegebenen Schadens für Haus oder Wohnung und Hausrat bei insgesamt 492 Befragten.

Die Schwere des Ereignisses zeigt sich auch deutlich in den persönlichen Erfahrungen der Menschen. So gaben knapp 70 % der Befragten an, dass sie während des Ereignisses unsicher über den Verbleib von Familienmitgliedern oder engen Freunden waren. 15 % berichteten von einem Todesfall in der Familie oder im engen Freundeskreis (Abbildung 4).

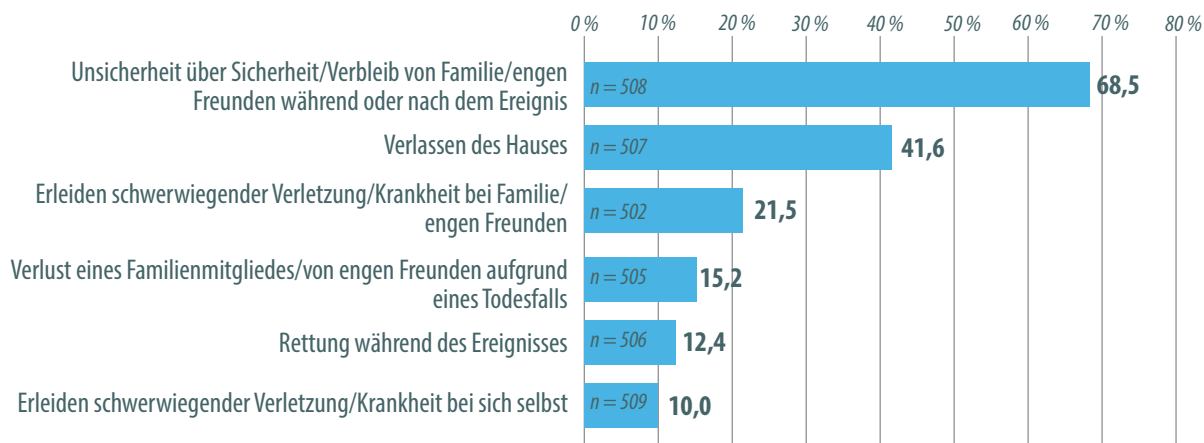


Abbildung 4: Persönliche Erfahrung der Befragten während des Hochwassers (n = Anzahl der Befragten).

Auch der Wiederaufbau stellt eine Belastung für viele Betroffene dar. Den meisten Befragten geht der Wiederaufbauprozess zu langsam voran (75,8 %). Fast alle befragten Haushalte (86,9 %) machen dafür auch bürokratische Hürden verantwortlich. Gleichzeitig sehen 70,3 % einen schnelleren Wiederaufbau der Infrastruktur und Wohngebäude auf Kosten eines hochwasserangepassten und nachhaltigeren Wiederaufbauprozesses eher kritisch. Die meisten befragten Haushalte (82,4 %) fühlen sich und ihre Meinungen nicht ausreichend im Wiederaufbauprozess berücksichtigt. Darüber hinaus gaben viele an (81,7%), dass sie die Ansprechpartner:innen und Verantwortlichkeiten im Wiederaufbauprozess nicht kennen und dass der Wiederaufbau nicht geordnet zu verlaufen scheint (81,4 %).

### Das Erleben eines solch dramatischen Hochwasserereignisses stellt für die Betroffenen eine enorme mentale Belastung dar

Etwa 42 % der Befragten gaben ein Jahr nach dem Ereignis an, dass das Ereignis sie immer noch (sehr) stark belaste (Abbildung 5).

Zudem zeigten 28 % der Befragten ein Jahr nach dem Ereignis Anzeichen einer posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS; Abbildung 6). Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in Deutschland ist dies ein sehr hoher Anteil. Laut einer Studie von 2018 betrug der Anteil derjenigen, die zum Befragungszeitpunkt in der Gesamtbevölkerung an PTBS litten, lediglich 1,5 %. Dies unterstreicht die signifikante Auswirkung des Hochwasserereignisses auf die psychische Gesundheit der Betroffenen.

Besonders gefährdet sind Menschen, die Familienmitglieder oder enge Freunde verloren haben, die hohe Fließgeschwindigkeiten erlebt haben und die selbst oder deren Angehörige durch das Hochwasser verletzt wurden. Auch ein hoher finanzieller Schaden stellt einen Risikofaktor dar. Insgesamt scheinen Frauen etwas stärker betroffen zu sein.

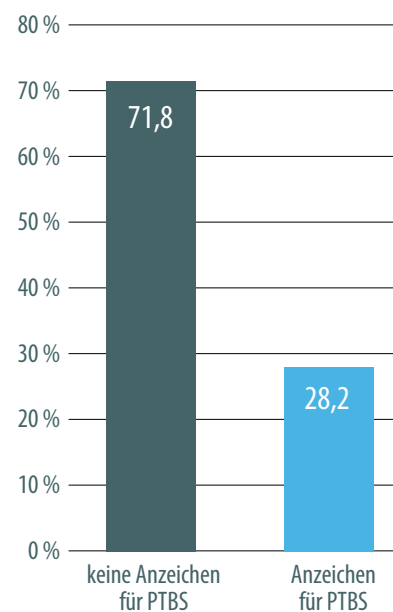


Abbildung 6: Anteil der 411 Befragten ohne oder mit Anzeichen einer posttraumatischen Belastungsstörung ca. ein Jahr nach dem Hochwasserereignis. Die Berechnung erfolgte durch ein Screening-Tool für posttraumatische Belastungsstörungen.

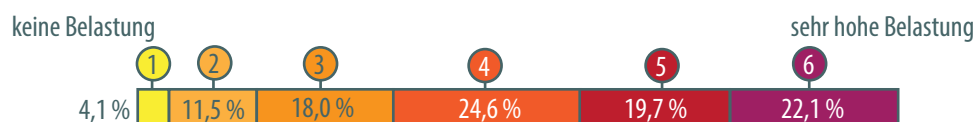


Abbildung 5: Wahrgenommene Stärke der eigenen Belastung ca. ein Jahr nach dem Hochwasserereignis bei 512 Befragten.

## Handlungsempfehlungen

- Verantwortlichkeiten und Ansprechpartner:innen während des Wiederaufbaus sollten möglichst klar benannt und breit kommuniziert werden.
- Frühwarnung und rechtzeitige Evakuierung sind zentral und können nicht nur Menschenleben retten, sondern auch die mentale Belastung der Betroffenen verringern.
- Psychosoziale Beratungsangebote, wie sie nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 eingerichtet wurden, stellen eine wichtige Unterstützung des Wiederaufbauprozesses dar und sollten längerfristig aufrechterhalten werden.

### Kontakte und Beratungsangebote

- Für das Ahrtal wurde ein Traumahilfezentrum eingerichtet. Dieses ist unter 02641 2079099 oder unter [www.thz-ahrta.de](http://www.thz-ahrta.de) erreichbar.

## Bleiben oder Gehen: auch eine Abwägung der Gefahr und Möglichkeit der Anpassung

14 % der Befragten sind ein Jahr nach dem Ereignis dauerhaft umgezogen, mehr als die Hälfte davon in eine andere Gemeinde. Weitere 5,9 % planen zum Zeitpunkt der Befragung einen Umzug. Doch was sind die Gründe für das Gehen oder Bleiben? Ein Großteil der befragten Haushalte schätzt die Folgen eines zukünftigen Ereignisses als sehr schlimm ein, ist sich jedoch nicht sicher, ob und wann ein solches Ereignis eintreten könnte. Die meisten Befragten, die umgezogen sind oder einen Umzug planen, gaben an, dass sie Mieter:innen seien (43,5 %) und/oder dass ihr Wohnort seit der Flut keine Lebensqualität mehr biete (40,3 %). 27,4 % gaben an, dass ihnen der Standort zu gefährlich sei. Unter jenen, die nicht umziehen, gaben 50,5 % an, dass sie ein (erneutes) Extremhochwasser für sehr unwahrscheinlich und einen Umzug daher für unnötig halten. Viele Befragte (56,0 %) führten außerdem an, sich in ihrer Gemeinde verwurzelt zu fühlen und daher nicht wegziehen zu wollen.

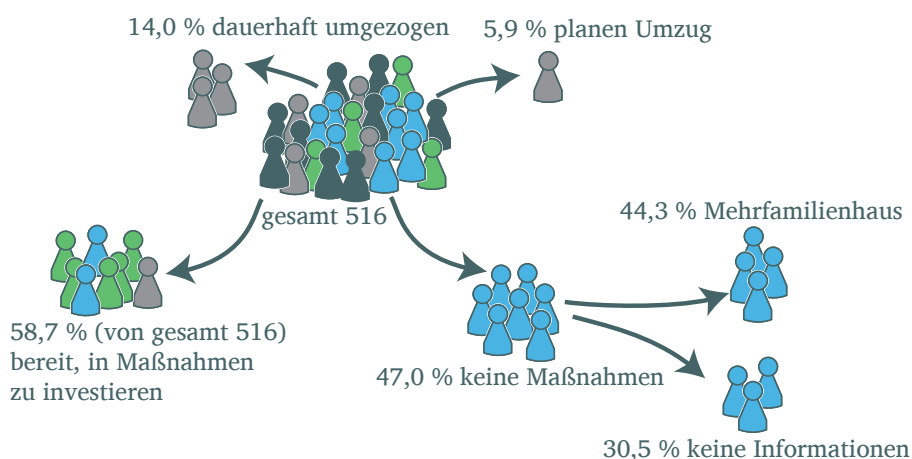


Abbildung 7: Informationen zu den 516 befragten Personen im Landkreis Ahrweiler, die (nicht) weggezogen sind und die Anteile der Bleibenden, die keine privaten Vorsorgemaßnahmen implementiert haben.

Diejenigen, die bleiben, können die negativen Folgen einer Überflutung durch Vorsorgemaßnahmen verringern. Es gibt ein weites Spektrum von privaten Vorsorgemaßnahmen wie z.B. die Erstellung eines Notfallplans oder der Einbau von wasser- und druckdichten Fenstern und Türen. Gerade während des Wiederaufbauprozesses können bauliche Maßnahmen in die Gebäudestruktur integriert werden. 47 % der Befragten, die vor Ort bleiben (wollen), gaben jedoch an, dass sie keine Maßnahmen implementiert haben. Diese Haushalte begründeten dies häufig damit, in einer Wohnung in einem Mehrfamilienhaus zu wohnen (44,3 % der Befragten) und damit, dass ihnen nicht klar sei, welche Maßnahmen sie implementieren könnten und wie (30,5 %). Bezieht man alle Befragten ein, wird deutlich, dass sich die meisten Befragten eher nicht gut über private Vorsorgemaßnahmen informiert fühlen (71,5 %). Zudem sieht ein Großteil (85 %) die Hochwasservorsorge eher nicht als Aufgabe von privaten Haushalten an. Viele Haushalte (58,7 %) sind dennoch bereit, auch privates Geld in die Bauvorsorge zu investieren. Gleichzeitig erwarten die meisten Befragten (69,2 %) aber auch, dass solche Maßnahmen staatlich gefördert werden.

## Im Wiederaufbau bietet sich die Chance, exponierte und verwundbare Infrastrukturen umzusiedeln, wobei ein Fokus auf kritische und sensible Infrastrukturen gelegt werden sollte

Der Begriff des Siedlungsrückzuges meint im Wiederaufbau, dass Wohn- und Arbeitsstandorte nicht am selben, hochwassergefährdeten Standort wiederaufgebaut, sondern aufgegeben und zurückgebaut werden. Die befragten Haushalte stehen einem Siedlungsrückzug im Sinne der Risikovorsorge und Klimawandelanpassung überwiegend positiv gegenüber – so halten 68,3 % einen solchen für sinnvoll. Das bedeutet aber nicht, dass die Zustimmung genauso hoch wäre, wenn es konkret um den Rückbau des eigenen Gebäudes ginge. Noch mehr Befragte stimmen außerdem der Aussage zu, dass besonders sensible und kritische Infrastrukturen, wie Pflegeheime, Krankenhäuser und Kindergärten, aus der direkten Nähe der Ahr umgesiedelt werden sollten (81,7 %).

Dies zeigt, dass das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines stärkeren Schutzes kritischer und sensibler Infrastrukturen nicht nur bei Fachleuten und Behörden, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit vorhanden ist. Gerade im Wiederaufbau bietet sich die Chance, solche Infrastrukturen teilweise aus überschwemmungsgefährdeten Gebieten herauszunehmen. Aber auch im Bestand und Neubau sollten Gefährdungspotenziale, die nicht nur auf Hochwasser und Starkregen begrenzt sind, mitgedacht und neue Anpassungs- und Schutzziele, insbesondere für kritische und sensible Infrastrukturen, entwickelt werden. Ein immerzu vorhandenes Restrisiko muss dabei klar kommuniziert werden.

## Handlungsempfehlungen

(Betroffene) Haushalte benötigen Informationen über ihre Gefährdung, Vorsorgemaßnahmen und Verantwortlichkeiten mit direktem lokalem Bezug!

- Hochwassergefahrenkarten ermöglichen es Betroffenen, ihre Gefährdung zu erkennen.
- Viele Informationsmaterialien befassen sich mit (privater) Bauvorsorge, z.B. die Hochwasserschutzfibel des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.
- Individuelle Beratungen für Haushalte bietet das Infomobil des HochwasserKompetenzCentrums (HKC) an.
- Unter <https://www.starkregenvorsorge-flyer.de/> können Gemeinden kostenlos Informationsmaterialien selbst gestalten.
- Erzählalons ermöglichen den Betroffenen, das Erlebte zu berichten, und den Zuhörern, hiervon zu lernen.

Die unterschiedlichen Empfindlichkeiten und Schutzwürdigkeiten verschiedener Infrastrukturen und Bevölkerungsgruppen sind beim Wiederaufbau und der zukünftigen Risikovorsorge sowie Klimaanpassung stärker zu berücksichtigen. Schutz- und Anpassungsziele sollten dabei in einem politischen und gesellschaftlichen Diskussionsprozess festgelegt und durch wissenschaftliche Erkenntnisse informiert werden. Insbesondere bei kritischen und sensiblen Infrastrukturen ist die Standortwahl zu überprüfen. So sollte u.a. stets die Evakuierungsfähigkeit sensibler Einrichtungen gegeben sein (notfalls auch vertikal).



Dieser Steckbrief entstand im Rahmen des Projektes KAHR:  
Wissenschaftliche Begleitung der Wiederaufbauprozesse nach der Flutkatastrophe in  
Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz – Klimaanpassung, Hochwasser und Resilienz (KAHR)

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

Förderkennzeichen: 01LR2102I bzw. 01LR2102A  
Laufzeit: 01.11.2021–31.12.2024



Universität Potsdam  
Institut für Umweltwissenschaften und Geographie  
Geographie und Naturrisikenforschung  
Karl-Liebknecht-Str. 24–25  
14476 Potsdam – Golm  
Ansprechpartner:in: Prof. Annegret Thieken



Universität Stuttgart

Universität Stuttgart  
Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung (IREUS)  
Pfaffenwaldring 7  
70569 Stuttgart

Prof. Jörn Birkmann und Alessa Trüdinger